

Gruppenvereinbarung
zwischen
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – SPD
und
Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Norden
für die Wahlperiode vom 1.11.2011-31.10.2016

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen bilden eine Gruppe im Sinne des §57 NKomVG.

Präambel:

Die WählerInnen unserer Stadt haben der bisherigen Mehrheit eine Absage erteilt und sich mit dem Wahlergebnis einen Politikwechsel gewünscht. Wir nehmen diesen Auftrag der BürgerInnen an und wollen mit unserer Gruppe SPD - Bündnis 90 / Die Grünen in unserer Stadt eine neue politische Kultur etablieren.

Wir wollen eine Kommunalpolitik gestalten, die bürgerfreundlich, transparent, zukunftsorientiert, nachhaltig und sozial ausgerichtet ist unter Beachtung der finanzpolitischen Möglichkeiten. Wir vertreten keine Einzelinteressen, sondern richten den Blick auf das Ganze.

Um den Planungsprozess für die BürgerInnen transparenter zu gestalten, wollen wir eine "Zukunftswerkstatt" etablieren. Sie soll sich in der neuen Ratsperiode mit den anstehenden Veränderungen in unserer Gesellschaft befassen und neue Lösungen für die Zukunft erarbeiten. Dazu wollen wir die verschiedenen Interessengruppen aus allen Bereichen der Kommune – Bürger, Politik, Wirtschaft und Verwaltung – zusammenbringen.

Zielsetzung der Gruppenbildung ist die Stärkung der Einflussmöglichkeiten und die Sicherstellung gemeinsam getragener Mehrheiten in den Ratsgremien und den Gremien sonstiger Art. **Diese Mehrheiten werden wir dazu nutzen, das Verwaltungshandeln und die Planungsabläufe in der Stadt zu kontrollieren, möglichst transparent und öffentlich zu diskutieren.**

Form der Zusammenarbeit

GruppensprecherIn ist Julia Feldmann.
Stellv. GruppensprecherIn ist Kerstin Kolbe

Die Gruppensprecherin ist gleichzeitig Mitglied im Verwaltungsausschuss.

Die Fraktionen führen ihre Arbeit und Sitzungen selbständig durch. Gemeinsame Gruppensitzungen werden auf Wunsch einer Fraktion einberufen. Diese sollen vor den Hauptausschuss- und Vertretungssitzungen stattfinden. Entscheidungen werden protokolliert. Gemeinsame Gruppensitzungen bzw. gemeinsame öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen finden darüber hinaus zu grundsätzlichen kommunalpolitischen Themen statt.

Sollte eine Überzeugung im Sachthema nicht bei allen Fraktionsmitgliedern erfolgt sein, ist eine gegenteilige Abstimmung vorher mitzuteilen. Dabei respektieren wir mögliche gegenteilige Argumente.

Wenn innerhalb der Sitzung der Ausschüsse oder der Vertretung ein geänderter Sachverhalt in der Beschlussvorlage von der Verwaltung mitgeteilt wird, ist z.B. eine Sitzungsunterbrechung für eine erneute Erörterung in der Gruppe zu beantragen.

Sachthemen

Die Fraktionen gestalten die Politik im Rat grundsätzlich auf der Basis ihrer Programme. Einzelne gemeinsame politische Ziele werden in dieser Vereinbarung besonders festgehalten. Sie sollen Orientierung der politischen Verantwortung und Arbeit der Gruppe über die gesamte weitere Wahlperiode *geben*.

Die demographische Entwicklung wird als Grundlage aller Planungsprozesse in den einzelnen Politikbereichen verankert.

Unser gemeinsames Ziel ist es, Norden - vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – als Mittelzentrum zu sichern. Wir wollen eine soziale, generationengerechte Entwicklung fördern, die die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig bewahrt.

Schwerpunkte der neu ausgerichteten Politik sollen z.B. die Innenstadtentwicklung, der Verkehr, die Kinder in Bildung, die Senioren, die Infrastruktur, die Industrie und die Arbeitsplätze sein.

Haushalt

Eine der wichtigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben des Rates ist die Haushaltspolitik. Damit wir diese Aufgabe sachgerecht wahrnehmen können, fordern wir die Verwaltung auf, die Eröffnungsbilanz und den Jahreshaushalt in einer verstehbaren Form vorzulegen.

Auch für die BürgerInnen soll der Haushalt verständlicher kommuniziert werden. Wir streben die Einführung eines Bürgerhaushaltes ab dem Haushaltsjahr 2013 an.

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes kann ein wichtiger Schritt zu mehr Teilhabe für alle sein. Somit könnte man vielmehr Menschen erreichen als über herkömmliche Politik.

Dabei sollen vorhandene Spielräume für Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und soziale Teilhabe sowie eine Reinvestitionsquote deutlich dargestellt werden.

Vorrangiges Ziel soll jedoch die Haushaltskonsolidierung sein, weil diese für kommende Generationen in unserer Stadt unerlässlich ist.

Die AGZ wird aufgelöst. Die Beratungen dieser Arbeitsgruppe werden wieder im Finanzausschuss, bzw. den jeweils zuständigen Ausschüssen, erfolgen.

Soziale Stadt

Norden soll eine Stadt des sozialen Ausgleichs sein, die Armut bekämpft. wir wollen Ausgrenzungen verhindern und soziale Spaltungen überwinden.

Wir wollen in Norden, in dem Respekt, Toleranz, Solidarität und Einsatz für die Gemeinschaft nicht nur selbstverständlich sind, sondern auch gestärkt und geachtet werden. Wir setzen uns ein für ein Norden, in dem Kinder erwünscht sind, Familien Rückhalt und Unterstützung genießen und für ein Norden ohne Barrieren für Senioren und Menschen mit Behinderungen.

Kindergärten,-krippen und Schulen

Ein sozialpolitischer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Sicherstellung einer vielfältigen, qualifizierten und bezahlbaren Kinderbetreuung in ausreichendem Umfang. Hierzu gehören insbesondere auch die Einrichtungen der freien Träger. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer einheitlichen Förderrichtlinie für alle Kitas.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Zahl der Kinder in der Stadt weiter abnehmen wird. Unser Ziel ist es dann, keine Einrichtung zu schließen, sondern die Qualität der Dienstleistung zu verbessern.

Für den Grundschulbereich fordern wir eine wohnortnahe Beschulung.

Das Oberstufenangebot im Mittelzentrum Norden ist zu optimieren und auszubauen in Kooperation zwischen der Gesamtschule, der Berufsbildenden Schule in Norden und dem Gymnasium in Norden.

Die Arbeitsgruppe Bildung ist zu erhalten.

Gesundheit

Die Ubbo-Emmius-Klinik des Landkreises Aurich hat ihren Standort in Norden und Aurich. Es wird angestrebt die Sicherung und die Erhaltung dieser Einrichtung in Norden langfristig zu sichern. Ein Abbau von sozialen Dienstleistungen auch im Bereich der stationären Pflege soll ausgeschlossen werden.

Außerdem wollen wir

- eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für niedergelassene Ärzte;
- eine Vernetzung und Kooperation aller Gesundheitseinrichtungen in Stadt und Kreis;
- eine Intensivierung der Suchtprävention, insbesondere durch eine kontinuierliche Aufklärungsarbeit an den Schulen, dabei sollen auch die Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums einbezogen werden.

Verkehr

Künftige inhaltliche Schwerpunktthemen sind u.a. die verkehrsplanerischen Straßensituationen

- des Ekeler Weges,
- des Burggrabens und
- die Schaffung der Radwege an der L 4 und L 5

Weitere Schwerpunkte der Stadtentwicklung bilden

- die Ortskerngestaltung Norddeich
- eine fahrradfreundliche Stadt mit Teilnahme an dem Nds. Wettbewerb für das Jahr 2012 zum Thema „Fahrradparken“
- Förderung der Inanspruchnahme des ÖPNV/SPNV –

Die verkehrlichen Maßnahmen sollen mit aktuellen Zahlengrundlagen erstellt werden.

In alle verkehrlichen Überlegungen und den Überlegungen der Stadtentwicklung sollen u.a.

- die Bedürfnisse der jüngsten und älteren Generationen,
- die Bedürfnisse der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer,

stärker einbezogen werden.

Umwelt- und Naturschutz

Die Belange von Umwelt- und Naturschutz haben für unsere Arbeit einen besonderen Stellenwert. Im neu zu bildenden Umwelt- und Energieausschuss werden die Umweltaspekte für alle Planungen und Entscheidungen ressortübergreifend diskutiert werden. Einige unserer gemeinsamen Ziele sind:

- Bereitstellung und Veröffentlichung des Kompensationsflächenkatasters
- Entwicklung eines aktuellen Landschafts- und Grünordnungsplans
- Ausweisung von geschützten Landschaftsbestandteilen
- Verbesserung der Energieeffizienz im Einflussbereich der Stadt
- Bereitstellung von Umweltdaten auf der Internetpräsenz der Stadt
- Wiedereinführung des Umwelttages
- die erneuerbaren Energien zu fördern und an Stellen, wo es möglich und wo es verträglich ist, den Bau von Windenergieanlagen zu unterstützen.

Wir sind gegen die industrielle Massentierhaltung und werden die uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, den Bau solcher Anlagen zu verhindern. Dabei setzen wir auch auf Beratung der Landwirte, denen wirtschaftliche Alternativen aufgezeigt werden sollen.

Wirtschaftsförderung und Tourismus

Die Vorgehensweise der Wirtschaftsförderung soll neu und transparenter aufgestellt werden. Dabei sind die gewählten politischen Vertreter zu beteiligen .

Als wichtiger Beitrag zur Förderung unserer städtischen Wirtschaft wird die Reaktivierung der Küstenbahn gesehen. Hierdurch können im touristischen Bereich mittel- und unmittelbar neue Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Wir sehen die Küstenbahn als einen wichtigen Teil des Ausbaus des ÖPNV an.

Unsere lebendigen Ortsteile Bargebur, Leybucht polder, Neuwesteel, Norddeich, Ostermarsch, Süderneuland I und II, Tidofeld sowie Westermarsch I und II mit ihren jeweiligen Einzigartigkeiten und Traditionen, die es zu erhalten und zu fördern gilt, liegen uns sehr am Herzen. Wir müssen durch eine behutsame, aber engagierte Weiterentwicklung jedes einzelnen Ortsteiles das Ausbluten durch den Wegzug insbesondere junger Menschen und dadurch resultierende Leerstände verhindern.

Hier und in der Kernstadt soll überprüft werden, wie eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt werden kann.

Nur durch gezielte Förderung z.B. im Rahmen der Dorferneuerung, die zügige Anbindung an das Breitbandnetz, durch Begegnungsstätten sowie die Förderung des Vereins- und Gemeinschaftslebens kann ein Ausbluten der Ortsteile verhindert werden.

Die Regionalvermarktung von hiesig erzeugten Lebensmitteln soll dabei besonders unterstützt werden.

Im Bereich unseres Kurbetriebs ist der nachhaltige und sanfte Tourismus zu fördern, der unsere natürlichen Ressourcen nutzt und erhält. Unsere Stadt, die älteste Ostfrieslands, ist kulturtouristisch interessant. Für die kommende Wahlperiode ist ein Konzept zu erarbeiten, welches die nachhaltige wirtschaftliche und hier insbesondere touristische Entwicklung plant. Dabei sind die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen mit sozial gerechter Entlohnung vorrangig anzustreben.

Wirtschaftsbetriebe Norden

Die Eigenständigkeit der kommunalen Energieversorgung in Form der Stadtwerke Norden soll unbedingt erhalten bleiben. Die Stadtwerke sollen im alleinigen Eigentum der Stadt Norden bleiben, damit alle BürgerInnen an dem Wertschöpfungsprozess beteiligt sind und alternative, dezentrale Energiekonzepte möglich sind. Nahwärme konzepte sind dabei auszubauen (Blockheizkraftwerke – groß- mini-, Kleinwindenergieanlagen.....). Die Transparenz soll erhöht werden indem anstehende Themen im neuen Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus auf breiterer Ebene beraten werden sollen.

Weitere Vereinbarungen für die Zusammenarbeit in der Gruppe SPD/Bündnis 90/Die Grünen bedürfen der Schriftform.

Anlage: Personelle Belegung der Ausschüsse und der unbesoldeten Stellen.

Norden, 1. November 2011

Für die Sozialdemokratische Partei
Deutschlands – SPD - in Norden
der Fraktionsvorsitzende

Für die Partei Bündnis 90/Die
Grünen in Norden
die Fraktionsvorsitzende